

Hungary was a member of the European Union and when, almost overnight, a Holocaust Museum was opened in Budapest. She describes how, after 1989, other victim groups, mostly those non-Jewish Hungarians who suffered from the terror of the Communist party during the Stalinist period and after the crushing of the 1956 revolution, started to compete with the Jewish survivors and their representatives for public recognition making the politics of history more complicated, and referring to similar developments in other post-Communist countries. The author identifies roughly five periods of the debate: After the immediate post-war phase followed the Stalinist period up to the revolution of 1956, then an early and a late period of the Kádár regime, slowly passing into the transition period into democracy in the mid-1980s, and finally the post-communist period.

Like all contested political questions, the problem of memory of the Holocaust was also enmeshed with daily political problems. While there were attempts to punish the perpetrators after 1945, the Communists soon turned the “People’s courts” into instruments against their political rivals without considering whether they were guilty of war crimes or not. Sometimes the Moscovite leadership of the party, although dominated by comrades of Jewish background, would even stir antisemitic sentiments. When they initiated a campaign against black marketeers in 1946, outbreaks of violence against Jewish survivors occurred in Miskolc and in other places. After the establishment of the dictatorship, the party banned the word “Jew” from official language and the victims of Nazism were represented as anti-Fascists, while at the same time restrictions were imposed on Jewish religious groups. Commemorations of the Holocaust were now regarded as “private events” even when thousands of survivors attended. Party leader Kádár, who denounced the revolutionaries of 1956 as “Fascists,” extended the “antifascist” narrative, representing the Communists as the only ones who had resisted Fascism, in an attempt to raise their moral reputation. In the 1960s and 1970s the regime slowly lowered barriers against public discussion of topics like the Holocaust and Antisemitism. New films and books began to deal with the past and present of these controversial issues. The author is right to stress that open discussions in fact started much earlier than 1989.

The book suffers to some extent from the fact that F. understands the politics of history in a very narrow fashion, and is not prepared to question critically the existing literature. The approach of *Geschichtspolitik* almost inevitably leads her to negative conclusions: Whatever Hungarian politicians did regarding the memory of the Holocaust was never enough or adequate. This may be true, but what may be regarded as an adequate political approach to the memory of the Holocaust? Is it the West German example? But is the Hungarian case really comparable, especially if we take the extreme brutality of Soviet “liberation” and occupation into consideration? Whichever way we take it, *Nach Krieg und Judenmord* offers an extremely useful overview over the debates about the Holocaust in Hungary, and adds new archival materials to the ongoing research of a very complex topic.

Washington, DC

Árpád v. Klimó

**Státní politika vůči polské menšině na Těšínsku v letech 1945-1949.** Výběrová edice dokumentu. [Die staatliche Politik gegenüber der polnischen Minderheit im Teschener Schlesien in den Jahren 1945-1949. Dokumentenauswahl.] Hrsg. von Jiří Friedl. (Bibliotheca Tessinensis, Bd. 5; Series Bohemica, Bd. 3.) Kongres Poláků v České Republice – Dokumentační Centrum, Książnica Cieszyńska. Praha – Český Těšín 2011. 623 S. ISBN 978-80-7286-194-1.

Das Teschener Schlesien wurde kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zu einem Zankapfel in den polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen. Dass dieses Gebiet vorwiegend von polnischer Bevölkerung bewohnt wurde, nahm der wiedererstandene polnische Staat als Hauptgrund für seine Besitzansprüche. Für die Tschechoslowakei, die vor allem historische Argumente zugunsten dieses Teils Schlesiens anführte, war Těšínsko von besonderer strategischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Der Angriff der tschechoslowa-

kischen Armee von 1919, als dessen Folge die Region entlang des Flusses Olsa aufgeteilt wurde, fand ihren diplomatischen Abschluss 1920 auf der Konferenz in Spa. Dort akzeptierten die westlichen Großmächte den nun herrschenden Zustand, und auf der Basis der Demarkationslinie zwischen den Truppen beider Seiten markierte nun die Olsa die Staatsgrenze. Nach der Münchner Konferenz von 1938 forderte Polen den südlichen Teil des Teschener Schlesiens, „Olsagebiet“ genannt. Ein Jahr lang, bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, war das Olsagebiet Teil des polnischen Staates.

Diese Ereignisse sind in der polnischen und tschechischen Historiografie bereits gut beschrieben worden. Weniger bekannt sind dagegen die Ereignisse aus den ersten Monaten und Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als der Streit um das Teschener Schlesien wieder auflebte. Einer der wenigen Erforscher dieser Frage ist Jiří Friedl, ein tschechischer Historiker der jüngeren Generation. Vor einigen Jahren hat er eine wertvolle Studie zu den polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen in den Jahren 1945-1949 veröffentlicht.<sup>1</sup> Daneben hat er polnisches diplomatisches Schriftgut zum Olsagebiet in diesem Zeitraum ediert.<sup>2</sup> Die hier vorzustellende Edition einer Auswahl tschechoslowakischer Dokumente zur staatlichen Politik gegenüber der polnischen Minderheit im Teschener Schlesien ist eine wichtige Ergänzung seiner bisherigen Arbeiten. Sie präsentiert das Quellenmaterial, das gewissermaßen ein Spiegelbild der zuvor veröffentlichten Auswahl polnischer Urkunden zum Olsagebiet ist.

Der Band enthält 175 Dokumente unterschiedlicher Provenienz. Verhältnismäßig zahlreich vertreten sind selbstverständlich Protokolle aus den Regierungsberatungen. Hier finden sich aber auch Verordnungen und Berichte einzelner Ministerien, behördliche Korrespondenz, Aufzeichnungen kommunaler Behörden sowie militärischer Institutionen, Erklärungen einzelner Abgeordneter, Memoranden sozialer Organisationen. Die getroffene Auswahl beruht auf einer breitangelegten Quellensuche. Es werden zahlreiche Bestände aus Archiven in Prag (vor allem aus dem Národní archiv) und aus den lokalen Archiven in Troppau, Karwin und Brünn präsentiert. Das erste Dokument stammt vom 28. Mai 1945, das letzte vom 9. März 1949.

Die Lektüre der amtlichen Unterlagen ist ein Beweis für das große Interesse der tschechoslowakischen Behörden an den Angelegenheiten der polnischen Minderheit. In ihrem Lichte wird sichtbar, welche Pläne hinsichtlich des Olsagebiets einerseits die tschechoslowakischen und andererseits die polnischen Behörden hatten. Die Wiederherstellung der Grenzen aus der Zeit vor der Münchner Konferenz war ein Dogma der Tschechoslowakei (abgesehen von der Sezession der Karpatenukraine zugunsten der Sowjetunion). Man lehnte alle Diskussionsvorschläge über den Grenzverlauf entlang der Olsa ab. Ansprüche erhob man hingegen auf andere Regionen des tschechisch-deutschen Grenzgebiets: Glatz, Leobschütz und Ratibor. Dies war wiederum für die polnische Seite inakzeptabel. Für Polen war nur die Frage nach der Olsa-Grenze relevant, und Bezugspunkt war dabei der Stand vom 1. September 1939.

Die tschechoslowakischen Behörden nahmen Forderungen aus der Gesellschaft nach Revanche für das Jahr 1938 ernst. In der Dokumentation findet sich immer wieder die Bezeichnung „polnische Okkupanten“. Als solche wurden die polnischen Ankömmlinge im

<sup>1</sup> Jiří Friedl, Zdeněk Jirásek: Rozpačité spojení. Československo-polské vztahy v letech 1945-1949 [Schwieriges Bündnis. Die tschechoslowakisch-polnischen Beziehungen 1945-1949], Praha 2008.

<sup>2</sup> Jiří Friedl (Hrsg.): Zaolzie w świetle szyfrogramów polskiej placówki dyplomatycznej w Pradze oraz Ministerstwa Spraw Zagranicznych w Warszawie (1945-1949) [Das Olsagebiet im Lichte verschlüsselter Mitteilungen der polnischen diplomatischen Vertretungen in Prag sowie des Außenministeriums in Warschau (1945-1949)], Czeski Cieszyn 2007.

Olsagebiet von 1939 betrachtet. Es gab bestimmte (letztendlich nicht realisierte) Pläne, diese Menschen aus dem Olsagebiet auszusiedeln, sie also wie die deutsche Bevölkerung zu behandeln – man verwendete dazu übrigens denselben Begriff „Abschiebung“ (odsun) (S. 101, 133, 165). Der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs unternommene Versuch, polnische soziale Organisationen zu reaktivieren wurde misstrauisch bəugt. Politischen Parteien und dem Lehrerseminar wurde die Tātigkeit untersagt. Nur widerstrebend lieB man die Eröffnung der polnischen Schulen zu; es mussten zuerst formale Anforderungen erfüllt werden. Die Parteien der Nationalen Front (Národní fronta) verbreiteten im Olsagebiet Plakate mit der Information, dass „polnische Bürger der Republik sich dessen bewusst werden müssen, dass sie vom Staat so viel Loyalität erwarten können, wie sie selbst zeigen“ (S. 55). Das Misstrauen gegenüber den Polen wurde durch zahlreiche von Warschau unterstützte Zwischenfälle und Propagandamaßnahmen verstärkt. Ein Beispiel dafür ist eine Serie antitschechoslowakischer Sendungen des Radiosenders in Kattowitz.

Am zahlreichsten vertreten sind Dokumente von 1946 und besonders von 1947, also aus der Periode, als die beiden Regierungen einen Vertrag über Freundschaft und gegenseitigen Beistand aushandelten. Der schließlich am 10. März 1947 unterschriebene Vertrag regelt die bilateralen Verhältnisse, aber weder das Grenzproblem noch die Frage nach den Rechten der polnischen Minderheit im Olsagebiet wurden gelöst. Frappant ist ein Abschnitt des Protokolls einer Regierungsberatung vom Oktober 1946, wo der Minister für Außenhandel Hubert Ripka die Meinung vertrat, dass „es in der internationalen Politik wirklich außergewöhnlich ist, dass zwei Staaten ein Bündnis schließen und gleichzeitig wegen der Grenzen streiten“ (S. 255). Ein Zusatzprotokoll bestimmte, dass alle Streitfälle innerhalb von zwei Jahren erledigt werden sollten. Die Grenze wurde jedoch erst 1958 festgelegt, und das Minderheitenproblem blieb unberührt. Die zweijährige Geltungsfrist des Protokolls nimmt F. jedoch zum Anlass, die Edition auf die Periode bis 1949 zu beschränken.

Am ehesten wohlwollend eingestellt gegenüber der polnischen Minderheit waren von den tschechoslowakischen politischen Kräften interessanterweise die Kommunisten. Man darf nicht vergessen, dass gerade sie, gefördert durch die Sowjetunion, eine entscheidende Rolle sowohl in Polen als auch in der Tschechoslowakei zu spielen begannen. Sie hatten noch nicht die volle Macht übernommen und suchten nach einem Weg, sich gesellschaftlich zu legitimieren. Erwartungen hinsichtlich der Grenzregelungen zu erfüllen erschien den tschechoslowakischen wie auch den polnischen Kommunisten als geeignete Methode, überzeugte Anhänger zu gewinnen. Damit lässt sich heute u.a. der lange Zeit unnachgiebige Standpunkt Warschaws in Bezug auf das Olsagebiet erklären. Die tschechoslowakischen Kommunisten wollten zudem wahrscheinlich im Rahmen des Machtkampfes zwischen den Parteien die Sympathien der Polen gewinnen. F. stellt die Hypothese auf, dass der Impuls, den polnisch-tschechoslowakischen Streit nicht fortzusetzen, von Moskau ausging (S. 24). Die Lage der Polen im Olsagebiet wurde jedenfalls seit 1946 immer besser, hat jedoch bis 1989 nie ein sie befriedigendes Niveau erreicht.

Im Gesamtergebnis ist der sorgfältig edierte Band – mit ausführlichem wissenschaftlichem Apparat, einer interessanten Einführung des Autors, einem Verzeichnis der Fachliteratur sowie sehr hilfreichen Namen- und Ortsregistern – ein gelungener Versuch, Hauptmerkmale der Politik der tschechoslowakischen Behörden gegenüber der polnischen Minderheit darzustellen. Er liefert auch vergleichendes Material zu Forschungen über andere Minderheiten und allgemein über die innere Lage der Tschechoslowakei in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.

Wrocław

Paweł Jaworski